



BUND LV Sachsen e.V., Str. d. Nationen 122, 09111 Chemnitz

Sächsische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident
Michael Kretschmer
Archivstraße 1

01097 Dresden

stellvertretend für die Verbände:

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen e. V.
Straße der Nationen 122
09111 Chemnitz

Chemnitz, 17. März 2021

Schäden von Menschen im Dreiländereck abwenden: Tschechien bei Klage gegen Tagebau Turów beistehen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir wenden uns heute mit einer dringenden Bitte an Sie: Setzen Sie sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass sich Deutschland den Bemühungen Tschechiens gegen die Genehmigung zum Weiterbetrieb des polnischen Braunkohletagebaus Turów anschließt. Bürgerinnen und Bürger im Dreiländereck in Deutschland, Tschechien und Polen haben ein Recht darauf, dass negative Auswirkungen des Tagebaus auf Gesundheit und Wohnraum, umfassend geprüft und eingegrenzt werden. Die Einhaltung europäischen Umweltrechts soll auch im Interesse des Freistaates Sachsen liegen.

Es ist richtig, dass Tschechien jetzt Klarheit vor dem Europäischen Gerichtshof einfordert. Deutschland hat zwei Monate Zeit, dem Verfahren beizutreten. Wir bitten Sie, die Möglichkeit zu nutzen, eine Klärung der rechtlichen Fragen auch für die Menschen in Ostsachsen herbeizuführen.

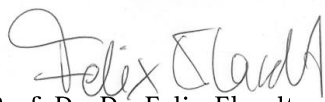
Der Weiterbetrieb des Tagebaus verletzt geltendes EU-Recht und gefährdet massiv die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen im Dreiländereck. Auch auf deutscher Seite wird der Tagebau Turów große Auswirkungen auf das Leben in der Region Zittau haben. Durch den Tagebaubetrieb drohen langfristige Schäden an der Grundwasserversorgung. Dazu kommen Bodensenkungen im Zittauer Stadtgebiet von mehreren Zentimetern und im schlimmsten Fall ein Durchbruch der Neiße in das Tagebaugelände. Diese Risiken wurden in der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung des Tagebaus nicht ausreichend berücksichtigt, weshalb die Stadt Zittau Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht hat. Auch über die unmittelbare Grenzregion hinaus bedroht der Tagebaubetrieb die Gewässer in Sachsen: Einträge von Sulfat, Uran und Nickel bedrohen die Gewässerqualität der Region Lausitzer Neiße. Ein Weiterbetrieb des Tagebaus würde bedeuten, dass der von der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 geforderte gute chemische Zustand unerreichbar wird.

Die Braunkohle-Industrie hat verheerende Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und das Weltklima. Deshalb setzen sich die unterzeichnenden Organisationen für

einen zügigen Kohleausstieg in ganz Europa ein. Der Tagebau Turów darf nicht bis 2044 betrieben werden. Bis zu einem früheren Stopp des Tagebaus muss der Schutz der betroffenen Menschen im Dreiländereck vor den Gefahren des Tagebaubetriebs höchste Priorität sein.

Europäische Zusammenarbeit und konstruktive Nachbarschaft in der Europäischen Union leben von unserem gemeinsamen rechtlichen Rahmen. Dies gilt besonders für den Braunkohle-Tagebau Turów, der durch seine Lage von überregionaler Bedeutung ist. Deutschland sollte deshalb Tschechien darin unterstützen, die Einhaltung der EU-Verträge und Mitsprache beim Schutz der betroffenen Menschen im Dreiländereck einzufordern. Nutzen Sie die aktuelle Möglichkeit sich für eine Klärung durch den Europäischen Gerichtshof einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt
Vorsitzender BUND Sachsen e. V.



Prof. Dr. Hermann Ott
Vorsitzender ClientEarth e. V.



Martin Kaiser
Geschäftsführer Greenpeace e. V.



René Schuster
Grüne Liga Cottbus e. V.

Dieser Brief geht in Kopie an Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Martin Dulig, sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wolfram Günther, sächsischer Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.